Projekt	**Nicht offener einphasiger Interdisziplinärer Realisierungswettbewerb »Neubau der Friedrich-Harkort Schule« in Hagen nach RPW 2013 im Rahmen der VgV**
Ausloberin	Stadt Hagen

TEILNAHMEANTRAG/BEWERBUNGSFORMULAR	
Verfahrensart	Nicht offener, hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren gem. VgV
Einreichungsfrist	**21.12.2026; 10:00 Uhr** Die Teilnahmeanträge sind ausschließlich **elektronisch über die Vergabeplattform** einzureichen. Teilnahmeanträge, die per Post, per E-Mail oder per Fax eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.

Hinweise für Bewerber*innen:
Teilnahmeantrag bitte vollständig ausfüllen bzw. Zutreffendes ankreuzen.
Bewerbergemeinschaften füllen einen gemeinsamen Teilnahmeantrag aus.

Der Teilnahmeantrag ist in Textform über das Vergabeportal einzureichen. Angaben im Antrag sowie das Ankreuzen der vorgesehenen Felder sind rechtsverbindliche Erklärungen des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft.

Zutreffende Anlagen sind dem Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt anzufügen.

CHECKLISTE BEWERBUNGSUNTERLAGEN

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen folgendermaßen strukturiert ein:

Deckblatt	mit Angaben zum Bewerbenden	☐ anbei
Teilnahmeantrag		☐ anbei
Anlage 1	Erklärung zu Interessen und Beteiligungen	☐ anbei
Anlage 2	Erklärung Zusammenarbeit mit Anderen	☐ anbei
Anlage 3a/b	Erklärung Nachunternehmer*in	☐ anbei
Anlage 4	Mitglieder der Bewerbergemeinschaft	☐ anbei
Anlage 5a/b	Angaben zu Ausschlusskriterien	☐ anbei
Anlage 6 a/b	Befähigungsnachweis(e) der vorgesehenen Entwurfsverfasser*in	☐ anbei
Anlage 6 c/d/e	Befähigungsnachweis(e) (Beratende) Ingenieur*innen Technische Ausrüstung, Tragwerksplanung, Bauphysik Jeweils mit einschlägiger Referenzliste	☐ anbei
Anlage 7	Eigenerklärung EU-Sanktionen	☐ anbei
Anlage 8	Referenz	☐ anbei

DECKBLATT

Federführendes Planungsbüro: Architekt*in – Angaben zum/zur Bewerber*in/Unternehmen

Büro-/Firmenname	
Rechtsform	
Anschrift (Straße/Nr./PLZ/Ort/Land)	
Telefon	
E-Mail	
Verfasser*in des Wettbewerbsbeitrags	
Bevollmächtigte Vertretung *(nur bei juristischen Personen)*	

Angabe Größe des Wirtschaftsteilnehmers	
Handelt es sich bei dem Bewerbenden um ein Kleinstunternehmern, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen*?	☐ Kleinstunternehmen ☐ Kleines Unternehmen ☐ Mittleres Unternehmen ☐ Großunternehmen

Bewerbung als	☐ **Einzelbewerber*in** Alle Leistungen werden im eigenen Haus erbracht. ☐ **Bewerbergemeinschaft** Es muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ausgefüllte Erklärung vorgelegt werden: 1. in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und die Aufrechterhaltung derselben für die Dauer des Vertrages erklärt ist, 2. in der alle Mitglieder aufgeführt sind und die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertretung bezeichnet ist, Die ausgefüllten Vordrucke sind als Eigenerklärung ausreichend. ☐ **Einzelbewerber*in mit Nachunternehmen** Es sind Angaben gem. § 36 VgV zur Unterbeauftragung erforderlich. Eine vom Unterauftragnehmer*in ausgefüllte Erklärung über die Leistungsbereitstellung im Auftragsfalle während des Projektzeitraums ist notwendig. Diese ist dem Bewerbungsbogen gesondert als beizufügen (Anlage 3b). Alle Unterauftragnehmenden sind in Anlage 3a zusammengefasst zu benennen.

***Kleinstunternehmen:** Unternehmen die bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Umsatz
Kleines Unternehmen: Unternehmen bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen: Unternehmen bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Umsatz und kein Kleines oder Kleinstunternehmen.
Großunternehmen: Unternehmen über 249 Beschäftigte und über 50 Millionen Umsatz.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer*	Nummer: Art:

*** Nationale Identifikationsnummer**
Für Unternehmen und andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer (W-IdNr.) anzugeben. Da die Vergabe der Wirtschafts-Identifikationsnummer durch das Bundeszentralamt für Steuern stufenweise erfolgt und noch nicht für alle Wirtschaftsteilnehmenden abgeschlossen ist, gilt für diejenigen, denen noch keine W-IdNr. zugeteilt bzw. bekannt gegeben wurde: In diesen Fällen ist eine andere geeignete und eindeutige Identifikationsnummer anzugeben. Vorrangig sollte hierfür die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer verwendet werden. Alternativ kann ein entsprechender Registereintrag angegeben werden, in Deutschland vorzugsweise eine Handelsregisternummer. Natürliche Personen können zum Schutz ihrer personenbezogenen Daten die Angabe »Keine Angabe« eintragen.

Nationalität der Eigentümerin/des Eigentümers*	Das Unternehmen ist börsenorientiert: Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit:

*Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.
Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des (der) wirtschaftlichen Eigentümer(s), laut Eintrag in dem (den) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z.B. bei Nicht-EU-Auftragnehmer*innen), Informationen aus anderen Quellen.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gilt die Eigenerklärung als unterschrieben.

TEILNAHMEANTRAG

Teilnahmeantrag für die Teilnahme am o.g. Vergabeverfahren nach VgV und Einwilligungserklärung Datenschutz

Hiermit bestätigen wir, dass

- alle nachfolgenden Angaben der Richtigkeit entsprechen.
- (1) Nachweis über die Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung:
  - Architekt*in u./o. Innenarchitekt*in mit uneingeschränkter Bauvorlageberechtigung (Kammernachweis)
  - Landschaftsarchitekt*in (Kammernachweis)
  - Ingenieur*in (Kammernachweis oder z.B. Diplomurkunde + Nachweis einer Referenzliste zum ausgeschriebenen Tätigkeitsfeld) (TA-Planer*in Versorgungstechnik, Elektrotechnik oder vergleichbarer Fachrichtung, Tragwerksplaner*in)
- (2) Eigenerklärung, dass sich kein Mitglied der Bewerbergemeinschaft (Partner*in, freie Mitarbeitende, Angestellte) separat bewirbt bzw. beteiligt und dass ein Verstoß hiergegen zum nachträglichen Ausschluss aller Bewerbungen bzw. Arbeiten führt.
- (3) Eigenerklärung, dass kein Teilnahmehindernis nach § 4 Abs. 2 RPW 2013 vorliegt.
- (4) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe aufgrund der EU-Verordnung 2022/576 (Russland-Sanktionen) vorliegen.
- (5) Eigenerklärung, dass kein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Abs. 1 GWB vorliegt.
- (6) Eigenerklärung, dass kein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegt.
- (7) Eigenerklärung, dass der Auftrag gemäß § 73 Abs. 3 VgV frei von Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird.

Die Bewerbenden sind sich bewusst und erklären sich damit einverstanden, dass die Stadt Hagen die im Bewerberbogen angegebenen Daten sowie die Daten in den Unterlagen, mit denen die im Bewerberbogen enthaltenen Informationen belegt werden, zum Zwecke dieses Vergabeverfahrens entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verarbeitet. Dies schließt ausdrücklich die Weitergabe dieser Daten an beauftragte und zur Verschwiegenheit verpflichtete Dritte zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens (z.B. zur Auswertung der Teilnahmeanträge) ein. Sofern der ausgefüllte Bewerberbogen und/oder die Unterlagen personenbezogene Daten von Beschäftigten oder Dritten enthalten, ist sichergestellt und auf Anfrage nachzuweisen, dass eine Übermittlung im Rahmen des Teilnahmeantrags zulässig ist. Die Hinweise zum Datenschutz haben wir zur Kenntnis genommen und, sofern erforderlich, den im Teilnahmeantrag genannten Personen zur Kenntnis gegeben.

, den
(Ort, Datum)

_____
(Vertretungsberechtigte Person des Bewerbenden)
(Name in Druckbuchstaben, mind. in Textform)

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gelten der Teilnahmeantrag und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben.

ANLAGE 1

Eigenerklärung zu Interessen und Beteiligungen (§ 73 (3) VgV)

Hiermit erklären wir, dass

unsere Unabhängigkeit (auch als verbundenes Unternehmen) von Ausführungs- und Lieferinteressen gegeben ist.

☐ **wir mit folgenden Unternehmen auf folgende Art wirtschaftlich verknüpft sind** (z.B. in Form einer Beteiligung):

☐ **wir** (auch als verbundenes Unternehmen) **mit folgenden Arbeiten für dieses Projekt bereits beauftragt sind** (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzende, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmen):

☐ **wir** (auch als verbundenes Unternehmen) **uns für folgende Aufträge bei diesem Projekt ebenfalls bewerben möchten** (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzende, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmen):

ANLAGE 2

Eigenerklärung zur Zusammenarbeit mit Anderen (Unterbeauftragungen) (§ 73 (3) VgV)

- bezogen auf den ausgeschriebenen Auftrag -

Hiermit erklären wir, dass wir:

☐ auf den Auftrag bezogen nicht in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten werden.

☐ mit folgenden Unternehmen auf den Auftrag bezogen zusammenarbeiten werden:

1. Unterauftragnehmen

   Firmenname:

   Diese Unterauftragnehmen müssen die Erklärung Nachunternehmen ausfüllen (Anlage 3a)

2. Weitere Nachunternehmen Leistungen:
   Der Bewerbende muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen) **(Anlage 3b)**

ANLAGE 3a

(nur für Nachunternehmen erforderlich)

Erklärung Nachunternehmen

Name des Nachunternehmen	
Rechtsform	
Ansprechpartner*in	
Anschrift (Straße/PLZ/Ort)	
Telefon	
Fax	
E-Mail	
Leistungsbilder die im Auftragsfall erbracht werden sollen	

Hiermit erklären wir, dass wir als Nachunternehmen für die o.g. Leistungen zur Verfügung stehen und dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzliche Vertretung keine vergaberechtlichen Ausschlusskriterien (insbesondere keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bestehen.

, den
(Ort, Datum)

_____
Unterschrift / Bürostempel

Nur für Nachunternehmer*innen; bitte unterschreiben.

ANLAGE 3b

(nur für Nachunternehmen erforderlich)

Verpflichtungserklärung im Falle der Eignungsleihe

Hinweis: Diese Verpflichtungserklärung ist von jedem Wirtschaftsteilnehmenden, dessen Kapazitäten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit des Bewerbers/Bieters bzw. der Bewerbergemeinschaft in Anspruch genommen werden, gesondert auszufüllen und der Bewerbung beizufügen.

Vollständiger Name/Firma und Adresse des Wirtschaftsteilnehmenden:	
Rechtsform	
Anschrift (Straße/PLZ/Ort)	

Der/die Wirtschaftsteilnehmer*in ist eingebunden als Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerbende/Bieter zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt.

Für den Fall, dass der spätere Zuschlag im Vergabeverfahren erteilt wird, verpflichten wir uns diesem Bewerber/Bieter gegenüber, die erforderlichen Mittel zur Erfüllung des Auftrags zur Verfügung zu stellen.

Für den Fall, dass der/die Bewerber*in/Bieter*in im Teilnahmeantrag zum vorliegenden Vergabeverfahren zum Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung unsere Kapazitäten in Anspruch nimmt, erklären wir, dass wir im Auftragsfall die Leistungen erbringen werden, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Für den Fall, dass der/die Bewerber*in/Bieter*in im Teilnahmeantrag zum vorliegenden Vergabeverfahren zum Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit unsere Kapazitäten in Anspruch nimmt, erklären wir, dass wir im Auftragsfall entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe mit dem/der Bewerber*in/Bieter*in gesamtschuldnerisch haften werden.

, den
(Ort, Datum)

_____
Unterschrift / Bürostempel

Nur für Nachunternehmer*innen; bitte unterschreiben.

ANLAGE 4
(nur für Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erforderlich)

Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

☐ Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Büroname	
Funktion im Verfahren / Fachgebiet	
Ansprechpartner*in	
Anschrift (Straße/PLZ/Ort)	
Telefon	
E-Mail	

, den
(Ort, Datum)

_____
Unterschrift / Bürostempel

Diese Verpflichtungserklärung ist je Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen und der Bewerbung beizufügen.
Muss nicht von der bevollmächtigten Vertretung ausgefüllt werden.

ANLAGE 5a

Erklärung zur Zuverlässigkeit

1. Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 123 GWB

Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unserer Einreichung des Teilnahmeantrag (Seite 5), dass keine der folgenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB bestehen*.

§ 123 GWB
Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuches (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder on ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335 a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. Den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist in einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
   1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
   2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

   Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat mit einer Geldbuße belegt worden bin/sind. Der Auftraggeber ist berechtigt, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern, sofern auf unser Angebot der Zuschlag erteilt werden soll.

Hinweis: Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines o.g. Deliktes führt zum Ausschluss des Bewerbers, wenn nicht ein Ausnahmefall gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens der Auftraggeber von der Unzuverlässigkeit des Bewerbers erfährt.

*Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namenangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.

ANLAGE 5b

Erklärung zur Zuverlässigkeit

1. Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 124 GWB

Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unserer Einreichung des Teilnahmeantrag (Seite 5), dass keine der folgenden Ausschlussgründe nach § 124 GWB bestehen*.

§ 124 GWB

Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
   a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen.

***Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namenangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.**

ANLAGE 6 a/b

Befähigungsnachweise Entwurfsverfasser*in Objektplanung Gebäude und Freianlagen

- Befähigungsnachweis(e) oder Eigenerklärung der vorgesehenen Entwurfsverfasser*in (z. B. Diplomurkunde oder Nachweis des Kammereintrages (z.B. durch Kopie der letzten Beitragsrechnung)) der Wettbewerbsarbeit, die Berufsbezeichnung **Architekt*in bzw. Innenarchitekt*in mit uneingeschränkter Bauvorlageberechtigung** zu tragen oder in Deutschland unter dieser Bezeichnung tätig zu werden.

- Befähigungsnachweis(e) oder Eigenerklärung der vorgesehenen Entwurfsverfasser*in (z. B. Diplomurkunde oder Nachweis des Kammereintrages (z.B. durch Kopie der letzten Beitragsrechnung)) der Wettbewerbsarbeit, die Berufsbezeichnung **Landschaftsarchitekt*in** zu tragen oder in Deutschland unter dieser Bezeichnung tätig zu werden.

Hinweis:
*Innenarchitekt*innen sind teilnahmeberechtigt, wenn sie über eine uneingeschränkte Bauvorlageberechtigung verfügen. Für Innenarchitekt*innen ohne uneingeschränkte Bauvorlageberechtigung (gem. 67 BauO NRW 2016), ist zwingend die Zusammenarbeit mit Architekt*innen notwendig.*

*Ein Nachweis bzw. eine Eigenerklärung je Einzelbewerber*in (mit und ohne Nachunternehmen) bzw. je Mitglied einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend.*

- bitte Anlagen 6 a/b als Folgeseite/n einfügen -

ANLAGE 6 c/d

Befähigungsnachweis Ingenieur/in Technische Ausrüstung

- Befähigungsnachweis(e) über die Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung **Ingenieur*in** (Technische Ausrüstung Fachrichtung Versorgungstechnik) und Vorlage einer einschlägigen Referenzliste

- Befähigungsnachweis(e) über die Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung **Ingenieur*in** (Technische Ausrüstung Fachrichtung Elektrotechnik) und Vorlage einer einschlägigen Referenzliste

Hinweis:
*Ein Nachweis bzw. eine Eigenerklärung je Einzelbewerber*in (mit und ohne Nachunternehmen) bzw. je Mitglied einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend.*

- bitte Anlage 6 c/d als Folgeseite/n einfügen -

ANLAGE 6e

Befähigungsnachweis Ingenieur/in Tragwerksplanung

- Befähigungsnachweis(e) über die Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung **Ingenieur*in** (Tragwerksplanung) und Vorlage einer einschlägigen Referenzliste

Hinweis:
*Ein Nachweis bzw. eine Eigenerklärung je Einzelbewerber*in (mit und ohne Nachunternehmen) bzw. je Mitglied einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend.*

- bitte Anlage 6e als Folgeseite/n einfügen -

ANLAGE 7

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k[i] Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

VHB NRW 04/2022 Formular 523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
   - − russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
   - − juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
   - − natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über das Bietertool des Deutschen Vergabeportals zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber*in bzw. Bieter *in unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

_ _____

Name des Unternehmens

_ _____

Name des Unternehmens

_ _____

Name des Unternehmens

_ _____

Name des Unternehmens

_ _____

Name des Unternehmens

[i] Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a)den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 —von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

ANLAGE 8

Referenzen

Es werden sowohl Unternehmensreferenzen als auch personenbezogene Referenzen der Projektleitung akzeptiert.

Die eingereichten Referenzprojekte können unterschiedliche Bewertungskriterien abdecken. Es ist daher nicht erforderlich, dass sämtliche Bewertungskriterien anhand desselben Referenzprojekts nachgewiesen werden. Die Bewerbenden können für die einzelnen Bewertungskriterien jeweils dasjenige Referenzprojekt benennen, mit dem das jeweilige Kriterium am besten nachgewiesen wird.

Für jedes Bewertungskriterium wird aus den eingereichten Referenzen jeweils die am besten geeignete Referenz zur Bewertung herangezogen. Eine Mehrfachverwendung eines Referenzprojekts für mehrere Bewertungskriterien ist zulässig.

Ausfüllen des Referenzformblattes (Anlage 8)

Sofern mehrere Referenzen eingereicht werden, ist das nachstehende Referenzformblatt zu vervielfältigen.

ANLAGE 8

Referenzformblatt

Projektbezeichnung, Ort	
Auftraggeber*in	Name: Ansprechpartner*in: Tel.: ☐ Öffentlicher Auftraggeber ☐ privater Auftraggeber
Auftragnehmer*in (bei Bewerbergemeinschaften das / die Unternehmen, das / die Leistung erbracht hat / haben)	
Entwurfsverfasser*in	Während des Leistungszeitraums ☐ aus dem Haus des Bewerbenden ☐ nicht vom Bewerbenden
Projektgröße BGF in m^2	☐ ≥ 4.000 m^2 ☐ 3.000 m^2 – 4.000 m^2 ☐ 2.000 m^2 – 3.000 m^2 ☐ 1.000 m^2 – < 2.000 m^2 ☐ < 1.000 m^2
Anrechenbare Baukosten (KG 300+400) in €	☐ ≥ 9 Mio. € ☐ 7 Mio. € – < 9 Mio. € ☐ 5 Mio. € – < 7 Mio. € ☐ 3 Mio. € – < 5 Mio. € ☐ < 3 Mio. €
Bearbeitete Leistungsphasen	☐ LPH 1 ☐ LPH 4 ☐ LPH 7 ☐ LPH 2 ☐ LPH 5 ☐ LPH 8 ☐ LPH 3 ☐ LPH 6 ☐ LPH 9
Vergleichbarkeit des Referenzprojektes	☐ Schulen gemäß Objektliste Gebäude Anlage 10 d. HOAI ☐ Gebäude aus dem Bereich Ausbildung/Wissenschaft/ Forschung gem. Anlage 10 der HOAI ☐ Gebäude mit öffentlichem Auftraggeber ☐ Neubau eines Gebäudes mit Honorarzone III ☐ sonstige Gebäude
Erfolg in Planungswettbewerb/ Auszeichnungen	☐ 1. Preis/1. Rang ☐ 2. Preis/2. Rang ☐ 3. Preis/3. Rang ☐ Anerkennung ☐ kein Wettbewerbserfolg
Aktualität der Referenz (Abschluss der letzten erbrachten eigenen LPH und dem Zeitpunkt d. Einreichung des Teilnahmeantrags)	☐ in den letzten 10 Jahren ☐ mehr als 10 bis einschließlich 12 Jahre zurückliegend ☐ mehr als 12 bis einschließlich 15 Jahre zurückliegend ☐ mehr als 15 Jahre zurückliegend